

In all diesen Jahren Ircen die Machthaber Westdeutschlands mit der vollkommen absurden Anmaßung auf, das „ganze deutsche Volk“ zu vertreten. Diese Anmaßung, die der realen Sachlage, wie jedermann weiß, widerspricht, klänge nur komisch, wenn sie nicht ein Ausdruck der Aggressivität, ein Anschlag auf die souveränen Rechte und auf das Territorium des anderen deutschen Staates wäre, des friedliebenden sozialistischen Staates der deutschen Werktätigen, der Deutschen Demokratischen Republik. Das sind aber keine Scherze mehr, sondern ein Faktor, der eine ernste ständige Gefahr für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt schafft. Im Laufe vieler Jahre betrachten es die Leiter der Staats- und Kriegsmaschinerie Westdeutschlands als eines ihrer Hauptziele, der Bundesrepublik in dieser oder jener Form Zugang zu den mächtigsten Massenvernichtungsmitteln, zu Kernwaffen, zu verschaffen.

Alles das verhinderte und verhindert die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit, die Gesundung des politischen Klimas in Europa. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Westdeutschland sich in den Augen der Weltöffentlichkeit als Hauptfeind des Friedens und der Sicherheit in Europa präsentiert.

Es fragt sich: Was ist heute eigentlich anders geworden? In welchem dieser entscheidenden Momente hat die Regierung Kiesinger/Brandt den außenpolitischen Kurs Westdeutschlands von Revanche und Kriegsvorbereitungen auf friedliche Zusammenarbeit und Festigung der Sicherheit der Völker Europas geändert? Darauf gibt es nur eine Antwort: in keinem einzigen. Die Politik der Bundesrepublik bleibt ihrem realen Inhalt nach die gleiche wie bisher: eine Politik der Revanche, eine Politik des Militarismus, eine Politik, die die reale Lage in Europa mißachtet, die Ansprüche auf die Rechte und Gebiete anderer Staaten und Völker erhebt, eine Politik, die die Normen der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ablehnt.

Und nach all dem möchte Bonn uns glauben machen, eine derartige Politik vertrete die Interessen aller Deutschen! Wenn schon davon die Rede ist, so drückt sie einzig die Interessen der reaktionärsten Spitzen der westdeutschen Bourgeoisie aus. Sie, diese reaktionäre und friedensfeindliche Politik, hat mit den Interessen der Bürger der sozialistischen DDR ebensowenig gemein wie mit den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands. (Beifall.) Das läßt sich mit Bestimmtheit sagen.

Soweit die Tatsachen, um sie kommt man nicht herum.

Wie können führende Politiker der Bundesrepublik angesichts dessen